

Gerhard Keiderling:
Rosinenbomber über Berlin,
Karl Dietz Verlag Berlin 1998,
320 S. (29,80 DM)

Am 13. Mai 1998 begannen in Berlin die Veranstaltungen und Feierlichkeiten, die Reden, Ausstellungen, Konzerte und Kranzniederlegungen anlässlich der 50. Wiederkehr des Beginns der Luftbrücke im Jahre 1948. Am 12./13. Mai 1999 wurden die Feierlichkeiten mit einem Militärkonzert im Olympia-Stadion zu Ehren der Luftbrückenveteranen und einem Bürgerfest am Flughafen Tegel – »offizieller Abschluß des Luftbrückenjubiläums« – beendet. Es fehlten unter den rund vierzig Veranstaltungen in diesen zwölf Monaten weder ein »Großer Zapfenstreich« der Bundeswehr noch die »Eröffnung des Alliiertenmuseums« in der Clay-Allee.

Auf den General Lucius D. Clay – bis 1949 US-Militärgouverneur in Deutschland, ab 1962 Ehrenbürger von Berlin (West) – werde ich noch eingehen. An dieser Stelle sei lediglich vermerkt, daß er sich über »Blockade« und »Luftbrücke« in seinem Buch »Decision in Germany« – »Entscheidung in Deutschland« – (Doubleday & Company, Inc. 1950, New York) sehr ausführlich verbreitet hat, dessen Innenschlag eine interessant gestaltete Europakarte zielt, die zusätzlich einen speziellen Blick auf einen groben Stadtplan Berlins bietet, auf dem die drei Westsektoren (American, British, French) mit einer dicken Festungsmauer umgeben sind. Das Buch ist unmittelbar nach seiner amerikanischen Premiere in gleicher Ausstattung auch in Westdeutschland erschienen. Aus diesem Bild von der »Festung« Westberlin entwickelten sich die im westdeutschen Sprachgebrauch der Polit-Szene aufgekommenen Begriffe wie »Vorposten«, »Frontstadt«, »Stachel im Fleisch«, »Ausfalltor zum Osten« u.a. Wie wir noch bemerken werden, hat der amerikanische Militär-Gouverneur auch manches andere vorausgesehen. Er sorgte für die Ursachen und »ahnte« die Folgen.

Zu den Luftbrückenfeiern sind im vorigen Jahr bereits eine Unmenge Schriften und Presseberichte erschienen, die sich vor allem dadurch auszeichneten, daß ihr Blickwinkel

eng und einseitig war, was sicher nicht nur dem einen Leser der »Märkischen Allgemeinen Zeitung« (MAZ) aufgefallen ist, der an dieses Blatt einen Leserbrief richtete, der in der Ausgabe vom 15. Juli 1998 veröffentlicht wurde. Er wies auf einige Quellen hin, die diesen anderen Blickwinkel beleuchteten und zitierte u.a. die »New York Times« vom 24. Februar 1949, in der es hieß: »Der kalte Krieg ist ein Segen für unsere Flugzeugindustrie. Zum ersten Mal nach dem Krieg hatte sie 1948 ein Verkaufsvolumen von rund einer Milliarde Dollar gegenüber nur 48 Millionen Dollar 1947.« Das war nach gut 7 Monaten Luftbrücke eine Steigerung um das Zwanzigfache.

Unter den Verlagsprodukten zu dem Thema »Blockade und Luftbrücke« ist mir ein interessantes Buch aufgefallen, das die von dem »MAZ«-Leser beanstandete verengte Sicht nicht aufweist: »Rosinenbomber über Berlin« von Gerhard Keiderling – ein Buch, dessen Lektüre ich sehr empfehlen kann. In ihm sind z.B. zur Rolle der Luftbrücke Hinweise enthalten, die ich in den übrigen Schriften und Tagesblättern, soweit sie mir zugänglich waren, vermißte. Der Autor konstatiert z.B. im Zusammenhang mit der amerikanischen »Frühjahrskrise« 1948 eine sich steigernde Kriegshysterie, an deren Entwicklung auch General Clay beteiligt war, der mit einem Telegramm an seine Regierung am 5. März 1948 eine sowjetische Aggression »mit dramatischer Plötzlichkeit« für wahrscheinlich hielt. Zu den »Falken« gehörte auch der amerikanische Verteidigungsminister, James V. Forrestal, der unter den konkurrierenden Gruppen der Armee die Pläne der Air Force favorisierte, die ein »Strategisches Bomberkommando« mit mindestens 630 neuen Fernbombern vom Typ B-29 und später B-30 empfahlen, die die »Eier«, wie Forrestal die Atombombe nannte, über die die Sowjet-Union zu dieser Zeit noch nicht verfügte, »in jeden Winkel des Feindeslandes tragen konnten.« Im März 1949 löste Louis D. Johnson den als unentschlossen geltenden Forrestal ab, »der sich in psychiatrische Behandlung begab und – wie erzählt wurde – in einem Anfall geistiger Umnachtung mit dem Ruf »Die Russen kommen« sich am 22. Mai 1948 aus dem 16. Stock des Bethsane Naval Hospital in Washington in den Tod stürzte.« Auch

sein Nachfolger favorisierte die Air Force, die inzwischen auf das »Glanzstück« Berliner Luftbrücke verweisen konnte.

Gerhard Keiderling, den ich hier zitiert habe, liefert den unzweifelhaften Beweis, daß die Aktion »Operation Vittles« (Luftbrücke) ein wesentlicher Bestandteil der amerikanischen »Air power«-Doktrin war. Er weist darauf hin, daß für die Amerikaner Luftmacht materielle Stärke verkörperte, daß Luftmacht die nationale Sicherheit in außeramerikanische Zonen verlagerte und daß Luftmacht dem Fortschrittsdenken der Amerikaner entsprach. Insofern war die Luftbrücke ein Meilenstein, ein grandioses Beispiel der Bewährung für eben diese Luftmacht-Ideologie. Sie brachte der »Air power«-Doktrin Nutzen, Erfahrungen und Entwicklungsanstöße. Das wird von Keiderling mit überzeugenden Beispielen belegt. Im Rahmen von »Operation Vittles«, so der Autor, wurde der in der bisherigen Geschichte der Luftfahrt umfassendste Wettervorhersagedienst organisiert, für den eine Region erschlossen wurde, die von der Arktis über den Nordatlantik und Westeuropa bis in die Karibik reichte. Für die »Rosinenbomber« wurden auch wieder zusätzliche Luftbasen erschlossen, so die Besitz- und Betriebsrechte über den zwischenzeitlich aufgegebenen britischen Flugplatz Burtonwood bei Lanchester, wo während des Krieges 30 000 Amerikaner stationiert waren. Keine andere Operation in einer Friedenszeit hat der Air Force so viel Training und Erfahrung in der Logistik, im Präzisionsfliegen und bei der Flugzeuginstandhaltung gebracht wie die Luftbrücke. Die Abladetechnik einer Maschine wurde von anfangs 33 Minuten auf 8 Minuten reduziert und für die B-29-Bomber gelang es, die Treibstoffversorgung in der Luft einzuführen. Von Militärs, Politikern und Kommentatoren wurde der Wert der Luftbrücke als ein militärisches Experimentierfeld und ein Luftmanöver gigantischen Ausmaßes hervorgehoben. Gerhard Keiderling zitiert dazu die Zeitschrift »Fortune«, die im November 1948 schrieb: »Die Brücke war für die Luftstrategie eine verblüffende Lektion. Jetzt ist es möglich, en masse vom Kontinent der USA zu jedem Teil der Welt zu gelangen. Die Anomalie einer globalen Luftstrategie von 300 Meilen stündlich, die an einen Zehn-Knoten-

Konvoi gebunden ist, schwindet dahin. Die Luftmacht ist in der Lage, ihr eigenes logistisches System zu liefern.« Ähnlich begeistert äußerte sich die »Times« im Februar 1949: »Die Luftbrücke hat sich als ein großes strategisches Übungsfeld erwiesen. Alle früheren Erfahrungen über die Möglichkeiten der Luftversorgung im Krieg sind durch die Berliner Erfahrungen völlig über den Haufen geworfen worden.« Dann kommt auch noch der Kriegsgeneral der Nazi-Wehrmacht, Hans Speidel, zu Wort, in seiner Eigenschaft als Sicherheitsberater des Kanzlers Adenauer, im Winter 1948/49 in geheimer Mission in den USA, um dort Gespräche über einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag zu führen. Er hat ein Memorandum »Gedanken zur Sicherung Westeuropas« vom 15. Dezember 1948 verfaßt, in dem er die »praktischen Erfahrungen bei der Luftbrücke Berlin« für eine künftige Luftkriegsführung jenseits der »zum Teil noch zu gewinnenden Elbelinie« hervorhob. Diese Elbelinie war dann »gewonnen«, als die Bundesrepublik Mitglied der NATO wurde.

Ich möchte betonen, daß ich mich bei diesen Beschreibungen und Zitaten ganz eng an den Text von Gerhard Keiderling halte, der zum Abschluß seines Kapitels »Der Sieg der »Air power«-Doktrin« noch die spektakulären Erfolge der amerikanischen Industrie behandelt, die ihr die Luftbrücke beschert hat. Das Budget der Luftwaffe im Steuerjahr 1949 war doppelt so hoch wie 1948; auch die Marine-Luftwaffe profitierte davon. Bei Boeing und bei Douglas Aircraft lief die Produktion nach der Flaute der Vorjahre wieder auf vollen Touren. Neue Fernbomber, Transportmaschinen und Düsenjäger kamen auf den jetzt wieder begierigen Rüstungsmarkt. »Zum ersten Mal seit Kriegsende«, so »Business Week« im Juni 1948, »ist die Luftfahrtindustrie aus den roten Zahlen heraus«. Große Profite machten auch wieder die Ölgesellschaften. Fazit: »Nach der katastrophalen Geschäftslage von 1947 war die Berliner Luftbrücke für die gesamte amerikanische Industrie ein Segen«. Hinzu kam dann noch: Der Korea-Krieg stand vor der Tür.

General Clay hat in seinem Buch »Decision in Germany« durch mehrere Bemerkungen diesen militärischen Aspekt des Unternehmens Luftbrücke unterstrichen. Außerdem, so

schreibt er wörtlich: »Die sowjetische Aktion hatten wir seit ein paar Monaten vorausgesehen.« Dann wußte er also auch, welche Ursachen dafür auf seiner Seite geschaffen worden sind. Am 19. Juli 1948 schickte er ein Kabel nach Washington, in dem der entlarvende Satz stand: »Unter den heutigen Verhältnissen können nur wir die Führung der Welt übernehmen...!« Und mit Stolz schrieb er: »Die ›Operation Vittles‹, wie die Luftbrücke von den Fliegern genannt wurde, wuchs von den paar altmodischen Maschinen, die wir in Deutschland hatten, zu einer Flotte fliegender Transportgiganten, die am Rekordtag beinahe 13 000 Tonnen in drei Lufthäfen brachten. Wir sollten insgesamt 160 C-54 bekommen. Modernste Radartechnik ermöglichte Landungen unter fast unglaublichen Wetterverhältnissen und mit erstaunlicher Sicherheit. Der Sendeturm von Radio Berlin (er meinte den Sendeturm des Berliner Rundfunks für die sowjetische Besatzungszone) erhob sich in geringer Entfernung von der Rollbahn des Tegeler Flugplatzes und gefährdete den Verkehr ... General Ganeval (der französische Stadtkommandant) schickte seine Sprengfachleute aus und ließ den Turm in die Luft sprengen ... Zusammen mit den Briten konnten wir im Frühjahr 1949 täglich im Durchschnitt 8 000 Tonnen einfliegen. Es war sicher, daß die neuen Flugzeuge, die jetzt gebaut wurden, diese Tonnage verdoppeln konnten. Wir sammelten für militärische und zivile Zwecke unschätzbare Erfahrungen im Einsatz von Lufttransportmitteln. Die Kosten der Luftbrücke sind sehr wohl durch ihren Beitrag zur nationalen Verteidigung zu rechtfertigen. Vielleicht hat die Luftbrücke auch noch anderen Nutzen gestiftet, der sich noch gar nicht abwägen läßt.« Der General, der das Unternehmen begonnen hatte, ohne daß eine regierungsamtliche Genehmigung vorlag, wußte sehr genau, was da von ihm in Szene gesetzt worden war.

So gesehen war also alles in Ordnung; ja, man hatte eigentlich sogar allen Grund, für die entstandene Situation dankbar zu sein, die so viele militärische und ökonomische Vorteile eingebracht hat. Außerdem war man ja – im Gegenzug – nicht untätig geblieben. Auch darüber hat General Clay geschrieben: »Als die Sowjets unseren Verkehr mit Berlin blockierten, veranlaßte ich sofort eine Gegen-

blockade des Transports westdeutscher Waren, die nach Ostdeutschland gehen sollten. Dabei unterstützte mich mein britischer Kollege. Wir sperrten allen Frachtverkehr auf dem Schienen- und Wasserweg zwischen Westeuropa und der sowjetischen Zone ... Unsere Gegenblockade mußte, so viel stand fest, für Ostdeutschland peinlichere Folgen haben als für den Westen. In Ostdeutschland fehlte es an Kokereikohle und Stahl. Aus dem Gebiet hinter dem eisernen Vorhang war nichts dergleichen erhältlich, weil die verfügbaren Mengen dort ohnehin nicht ausreichten. ... Im Frühjahr 1949 waren wir sicher, daß der Druck sich bemerkbar machte. Zwar konnten wir nicht mit genauen statistischen Unterlagen aufwarten, aber wir wußten, daß die ostdeutsche Wirtschaft stillstand, während sich in Westdeutschland die Produktion schneller als irgendwo anders in Europa steigerte.«

Neben all diesen Problemen, Konflikten und Fakten muß man sich dessen bewußt sein, daß die USA bereits im Herbst 1947 die D-Mark-Noten für die geplante separate Währungsreform herbeigeschafft und im Hamburger Hafen deponiert hatten (die Kisten waren adressiert an: General Clay), daß im März 1948 auf der Londoner Konferenz der drei Westmächte die Bildung eines westdeutschen Staates beschlossen worden war, daß am 20. Juni 1948 die Währungsreform in den drei Westzonen durchgeführt wurde, daß am 24. Juni 1948 die Westmark auch zum »legalen« Zahlungsmittel in Westberlin gemacht worden ist und daß im Mai 1949 die NATO gegründet wurde. Im August 1948 gab es einen Beschluß der Außenministerkonferenz der vier Mächte in Moskau, die D-Mark aus Westberlin wieder zurückzuziehen, aber die drei westlichen Stadtkommandanten haben diesen Beschluß nicht durchgeführt, was sicherlich nicht allein aus ihrer Kompetenz heraus geschehen war.

Die Westmächte, voran die USA, hatten der Sowjet-Union allerhand schwere, unverdauliche Brocken hingeworfen. Sie hat sie schlucken müssen, trotz aller »Gegenmaßnahmen«, die u.a. für die USA die antreibende Kraft der Luftbrücke ermöglicht hatte, die sich zu einem ungeheuren Gewinn für die amerikanische Militärmacht, für die amerikanische Rüstungsindustrie, für die amerikani-

sche Wirtschaft insgesamt und für das internationale Ansehen der USA, ihrer Rolle als Wachhund über die »Menschenrechte«, ihren Führungsanspruch in der Welt und Wahrer der »westlichen Werte« auswirkte. Ob der Anlaß für die Luftbrücke eine »Blockade« war oder auch nicht, das wird jetzt, nach fünfzig Jahren, keine Rolle mehr spielen. Sie ist als solche in allen Köpfen, in allen Archiven, in allen Bibliotheken und bei allen Medien bekannt, präsent, gespeichert, einbetoniert. Über die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, die von den USA und ihren westlichen Verbündeten nie durchgeführt, statt dessen permanent mißachtet worden sind, spricht ohnehin niemand mehr. Alle Maßnahmen der Westmächte vor der »Blockade« und der Luftbrücke waren ein Verstoß gegen die in Potsdam getroffenen Abmachungen. Wären sie beachtet und verwirklicht worden, hätte es diese ganzen Querelen 1948/1949 nicht gegeben.

Frankreich hat sich übrigens an der Berliner Luftbrücke nicht beteiligt. Es brauchte seine Flugzeuge für den Krieg in Indochina.

KARL GASS

Elke Thiel:

Die Europäische Union. Von der Integration der Märkte zu gemeinsamen Politiken,
Verlag Leske + Budrich Opladen
1998, 324 S. (36,00 DM)

Mit einem Anteil von nur sieben Prozent an der Weltbevölkerung, aber von 23 Prozent an der Weltwirtschaftsleistung, ist die jetzt 15 Länder umfassende Europäische Union ein wichtiger Faktor im internationalen Geschehen. Die Vertiefung der Integration und die Erweiterung der Union durch die Aufnahme neuer Kandidaten wird die Bedeutung der EU in den nächsten Jahren noch deutlich erhöhen. Europa ist zum Schlagwort geworden, zum bestimmenden Begriff, wenn es um Zukunftsfragen geht. An die Stelle der Eurosklерose früherer Jahre ist eine Euro-Euphorie getreten, der sich kaum jemand entziehen kann.

Aber bis es soweit war, mußten viele Bar-

rieren beseitigt werden. Die europäische Integration ist ein schwieriger Entwicklungsprozeß, in welchem es nicht nur Fortschritte gibt, sondern auch Irrtümer und Rückfälle. Der Stand der Integration ist das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen, im Grunde genommen bereits ein historisches Resultat.

Die Politikwissenschaftlerin und Europa-Expertin Elke Thiel gibt in ihrem Buch einen umfassenden Überblick über den Entwicklungsprozeß der EU. Beginnend mit der programmatischen Rede Churchills vom 19. September 1946, worin er die »Vereinigten Staaten von Europa« forderte, bis hin zu den Amsterdamer Beschlüssen des Europäischen Rats aus dem Jahre 1997 und der Verwirklichung der Währungsunion ab 1999 werden alle wichtigen Schritte auf dem Wege des Zusammenwachsens der in der EU vereinigten Länder aufgezeigt. Dabei geht die Autorin chronologisch vor, wobei die einzelnen Ereignisse, Beschlüsse und Maßnahmen jeweils knapp und sachlich kommentiert werden. Das vorliegende Werk erhält dadurch eher den Charakter eines Nachschlagewerkes als den eines Lesebuchs. Eindeutig überwiegt der Informationsaspekt, die Vermittlung von Sachzusammenhängen und Fakten. Demgegenüber tritt die Diskussion wissenschaftlicher Aussagen sowie die Erörterung der unzähligen, mit dem Integrationsprozeß verbundenen Probleme klar in den Hintergrund.

Als roter Faden zieht sich die These durch das Buch, daß der europäische Vereinigungsprozeß zunächst ein wirtschaftlicher Integrationsprozeß sei, dem die politische Integration folgen soll. Interessant ist, daß die Autorin hier jedoch mit großen Einschränkungen operiert, was auch in der Begrifflichkeit evident wird. Bereits der Untertitel zeigt dies, indem der »Integration der Märkte« eine »Integration der Politiken« gegenübergestellt wird. Die Wahl des Plurals macht deutlich, daß der europäische Einheitsstaat noch nicht auf der Tagesordnung steht. Ebenso wenig wie eine gemeinsame Sozialpolitik, Kulturpolitik, Sprache o.ä.

Von Anfang an, also bereits mit den Römischen Verträgen, wird als Weg zur Einigung Europas ein wirtschaftliches Integrationskonzept verfolgt. Dies unterscheidet die europäische Integration nicht unwesentlich von anderen Integrationsprojekten in der Geschichte

und ist wohl selbst Resultat des mehrmaligen historischen Scheiterns anderer, insbesondere militärischer oder politischer, Einigungsversuche.

Einen interessanten Exkurs im Rahmen des Buches stellt der Abschnitt »Europa der Regionen« dar (vgl. S. 62ff.). Anhand der Regionen läßt sich das Leitbild einer föderativen Struktur der EU definieren, auch als Gegenentwurf zur Überbürokratisierung, die sich heute für viele mit dem Namen Brüssel verbindet. Wenn auch in dem Buch die systematische und chronologische Darstellung von Ereignissen und Fakten dominiert, so gibt es doch auch Abschnitte, die von Konflikten handeln und in denen Ungereimtheiten der Europäischen Union angesprochen werden. Dies betrifft zum Beispiel das Kapitel zum Finanzsystem der Gemeinschaft (vgl. S. 109ff.). Daß reiche Länder wie Dänemark und die Niederlande, und lange Zeit auch Frankreich, hohe Zuweisungen aus der Gemeinschaftskasse der EU erhalten, ist kaum einzusehen. Ebenwenig ist zu begreifen, warum der EU-Nettobeitrag Deutschlands drastisch angestiegen ist, obwohl sich die relative Reichumsposition Deutschlands seit 1990 verschlechtert hat. Völlig verrückt ist die EG-Agrarpolitik. Was hier vorgeht, hat weder etwas mit Marktwirtschaft zu tun noch mit einem fairen Ausgleich. Dagegen sehr viel mit Fehlsteuerung, Mißwirtschaft, Protektionismus und Lobbyismus (vgl. S. 135ff.). Die Zukunft der EU wird wesentlich davon abhängen, wie es gelingt, hier durch entsprechende Reformen Abhilfe zu schaffen.

Besonders breiten Raum nimmt das Kapitel über die Wirtschafts- und Währungsunion ein. Vom Barre-Memorandum (1969) über den sogenannten Werner-Plan (1970), den Bremer Gipfel (1978) und das Europäische Währungssystem (1979) zeichnet die Autorin den Weg nach bis zur Währungsunion, deren erste Stufe bereits am 1. Juli 1990 begann. Inzwischen ist bereits die zweite Stufe (seit 1. Januar 1994) fast ganz durchlaufen und die entscheidende dritte Stufe steht unmittelbar vor ihrem Beginn, am 1. Januar 1999. Wie im gesamten Buch geht es auch in diesem Kapitel nicht um eine Diskussion des »für« und »wider«, sondern allein um die Darstellung dessen, was passiert. Die Wirtschafts- und

Währungsunion und die schließliche Einführung des Euro als gemeinsame Währung der Teilnehmerländer erscheint mithin als »logischer Schritt in der Weiterentwicklung der europäischen Integration« (S. 161) und sonst nichts. Daß die parallel zu den Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion geführten Verhandlungen über eine Politische Union mehr oder weniger gescheitert sind und »nur ansatzweise« (S. 162) zu Ergebnissen führten, wird en passant erwähnt, ist für die Autorin aber kein Anlaß, das gemeinsame Währungsvorhaben zu problematisieren und seine Erfolgsaussichten in Frage zu stellen.

Sehr wichtig für das Gesamtverständnis ist auch das Kapitel über die Außenbeziehungen der Europäischen Union (vgl. S. 238ff.). »Die europäische Integration hat dazu beigetragen, Europa eine Stellung in der Welt zu verschaffen, wie sie vor allem die kleineren europäischen Staaten heute allein kaum mehr erreichen könnten« (S. 238). In Rahmen dieses Kapitels werden auch weniger allgemeine, aber im Detail sehr komplizierte Fragen behandelt wie zum Beispiel die Einbeziehung ehemaliger Kolonien in die Zusammenarbeit oder die Gestaltung der Beziehungen zu Ländern wie Malta, Zypern und der Türkei. Malta beispielsweise hat seinen Antrag auf Aufnahme in die EU zurückgezogen. Die Türkei ist seit 1964 assoziiert, wird aber nicht aufgenommen.

Der letzte Teil des Buches ist der Zukunft der EU gewidmet – Europa 2000. Neben der Vollendung der Währungs- und Wirtschaftsunion stehen hier vor allem die Fragen der Osterweiterung der Gemeinschaft auf der Tagesordnung. Ferner die Finanzierung der EU nach 1999 und die unabdingbaren Reformen im Agrarbereich.

Im Anhang findet sich eine sehr nützliche Zeittafel – von 1946 bis 1996 alle wichtigen Ereignisse erfassend sowie Schlüsseldaten für die Zeit bis 2002. Das umfangreiche Literaturverzeichnis ist nach bestimmten Schwerpunkten systematisiert und erlaubt somit, sich in der Fülle der Literatur schneller zurecht zu finden.

ULRICH BUSCH

Roland W. Schindler: Rationalität zur Stunde Null. Mit Hannah Arendt in das 21. Jahrhundert, trafo verlag dr. weist Berlin 1998 (Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft, Bd. 6), 259 S. (32,80 DM)

Nach dem Scheitern des Staatssozialismus und den in diesem Zusammenhang verstärkt geführten Auseinandersetzungen über Stalinismus und Totalitarismus sowie den zeitnahen Debatten über Auschwitz und die Shoah, über Moderne und Postmoderne gewann das wissenschaftliche Erbe von Hannah Arendt (1906-1975), die bei Martin Heidegger und Karl Jaspers studiert hatte, eine neue Aktualität. Vertreter der unterschiedlichsten philosophischen und politischen Richtungen berufen sich darauf; die Palette reicht dabei von Konservativen (H. Geissler, R. Süßmuth, J. Gauck) über Liberale, Sozialdemokraten (E. Altvater, O. Negt) und demokratische Sozialisten (A. Brie) bis zur DKP (R. Steigerwald). Wie bei der Hinterlassenschaft aller großen Denker besteht auch hier die Gefahr, daß je nach Interessenlage selektierend vorgegangen wird.

Absicht der vorliegenden Schrift zum Werk Hannah Arendts ist es dagegen, »eine Einführung in ihr komplexes und auf faszinierende Weise kohärentes Gedankengebäude« (S. 11) anzubieten. Dem Verfasser (1963 geb., lehrt Politische Philosophie an der Universität Bremen) ist es gelungen, diesen Vorsatz in hoher Qualität zu realisieren. Es ist der hauptsächliche Vorzug der Studie, daß sie im zeitlichen Kontext mit dem fachlichen Entwicklungsgang die wesentlichen historischen, philosophischen, politologischen und nicht zuletzt methodologischen Erkenntnisse und Leistungen der exzellenten jüdischen Wissenschaftlerin erfaßt und zu einem Gesamtbild vereint.

Dazu werden nicht nur ihre gewichtigen Arbeiten aus allen Schaffensperioden herangezogen, sondern auch ihre zahlreichen Essays sowie die inzwischen aus dem Nachlaß publizierten Schriften.

Hier sollen vor allem drei besonders bedeutsame Problemkreise der Untersuchung hervorgehoben werden: *Erstens* – Auschwitz

und die Shoah. Den Ausgangspunkt für die Interpretation der politischen Theorie Arendts bildet deren These von der »Rationalität zur Stunde Null«. Diese Stunde Null kennzeichnet eine historische Zäsur von zweifacher Bedeutung: Auschwitz und die Shoah mit der »Fabrikation von Leichen« (S. 35ff.) als absoluten Traditionsbruch zum einen sowie die neue Qualität einer trotz allem zukunftsorientierten humanistischen Rationalität danach zum anderen. Namentlich mit ihren Untersuchungen zum Totalitarismus und anderen Gebrechen der Moderne benennt A. die Ursachen für das Scheitern der humanistischen Rationalität, sie resigniert jedoch nicht, sondern begreift die Stunde Null als eine Chance zu einem Neuanfang. »Ihre »neue Wissenschaft von der Politik« ist als ein Beitrag zu einer Welt zu verstehen, in der sich eine Geschichte, wie die der Shoah, nicht wiederholen sollte...Ihre methodologischen Anstrengungen können auch als eine persönliche Suche nach einem neuen Halt in der Welt, in der Auschwitz möglich war, gelesen werden.« (S. 26)

Zweitens – Begriff und Theorie des Totalitarismus. Entgegen der weit verbreiteten Praxis, die recht unterschiedlichen Varianten der Totalitarismustheorie unesehen in einen Topf zu werfen – beispielsweise undifferenziert die Auffassungen von Arendt einerseits und Carl J. Friedrich sowie Zbigniew Brzezinski andererseits gleichzusetzen –, arbeitet der Buchautor die Eigenart dieses Konzepts bei A. überzeugend heraus. Und dies nicht nur auf der Grundlage der bekannten Schrift über Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, sondern unter Einbeziehung aller relevanten Äußerungen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Studie *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (1958/60), in der vor allem die Kritik an der Moderne vertieft und weitergeführt wird. Im Unterschied zu Friedrich und Brzezinski, die von fünf, in einem idealtypischen Schema zusammengefaßten Merkmalen totaler Herrschaft ausgehen, vertritt A. eine historisch-beschreibende Variante des Totalitarismuskonzepts, wobei sie Totalitarismus nicht als politischen Kampfbegriff, sondern als soziologisch und politologisch bestimmten, der modernen Massengesellschaft zugehörigen wissenschaftlichen Terminus begreift.

Die entscheidenden Merkmale von totaler Herrschaft sieht A. in einer Ideologie, welche die individuelle Freiheit und Differenziertheit mißachtet, sowie im offiziellen Terror, der in menschenvernichtenden Konzentrations- oder Arbeitslagern kulminiert. Auf dieser Grundlage sieht A. auch die Wesensgleichheit zwischen dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus. Das führt sie aber auch zu der Schlußfolgerung, daß mit deren Beseitigung – auf die Sowjetunion bezogen: mit dem Tode Stalins – totalitäre Herrschaftsformen überwunden seien. Leider wird diese Annahme vom Autor unzureichend problematisiert, zumal A. selbst darauf verwiesen hat, daß auch stabile Demokratien nicht vor totalitären Entwicklungen gefeit sind. Die erwähnte Zäsur ist nicht zuletzt für die Bewertung der realsozialistischen Staaten und Gesellschaften relevant, denn diese sind mit der bloßen Dichotomie totalitär/nichttotalitär nicht zu erfassen. In der Regel begegnen uns hier vielmehr Mischformen von autoritären, despotischen, diktatorischen und auch totalitären Zügen. Letztere sind vor allem im totalen Machtanspruch und Machtmonopol der Avantgardepartei existent.

Drittens – Denken über die Zukunft. Diese Problematik behandelt der Autor vor allem im Zusammenhang mit Arendts Handlungstheorie sowie ihren Ansichten zu einer neuen Politik und neuen Philosophie. A. bewegen dabei vor allem zwei kardinale Gegebenheiten: »das Auftreten der Menschheit als greifbare politische Realität« (S.186) zum einen und das Fehlen von politischen Institutionen, die dieser Realität gerecht werden können, zum anderen. Sie hofft darauf, daß die Welt durch politisches Handeln verändert werden kann. In Anlehnung an den antifaschistischen Kulturkritiker Walter Benjamin (1892-1945) ist ihr dabei die Ambivalenz der historischen Entwicklung in der Moderne, die mit Fortschritten in der Naturbeherrschung und zugleich potentiellen Rückschritten in der Gesellschaft einhergeht, bewußt. Unter den Bedingungen der globalisierten Moderne sei ein neues philosophisches Denken erforderlich, in dessen Mittelpunkt eine an den Menschenrechten orientierte »Verständigung auf dem Grund der Differenz« – »Differenz« vor allem im Sinne von kultureller Verschiedenheit – steht. In diesem Rahmen soll schließlich die politische

Aktion dazu beitragen, die fragile, technische Einheit der Welt einem »weltumspannenden Gebilde verbündeter Staaten« anzunähern. (S. 233)

Besondere Aufmerksamkeit schenkt A. der inneren Verfaßtheit dieser Staaten, zumal sie der parlamentarischen Parteiendemokratie aufgrund der Praxis, die Bürger von der Macht fernzuhalten, politische Probleme in administrative Aufgaben aufzulösen und politisches Handeln zu Verwaltungsaktionen schrumpfen zu lassen, kritisch gegenübersteht. Der springende Punkt für sie ist die Frage nach der Bürgerbeteiligung in Staat und Gesellschaft. Hierzu bietet A. eine Lösung an, die manchen, der ihr Schaffen einseitig nur von der Totalitarismusproblematik her wahrgenommen hat, überraschen dürfte: das Eintreten für eine Rätedemokratie, der sie nicht zuletzt die Fähigkeit zuerkennt, das Vermächtnis demokratischer Revolutionen bzw. revolutionärer Bewegungen zu bewahren. Natürlich unterscheidet sich der von A. verwendete Begriff der Rätedemokratie prinzipiell von den bekannten kommunistischen Vorstellungen dazu. Er knüpft historisch an die amerikanische Revolution an, insbesondere an deren Orientierung auf die Volkssouveränität, die zentrale Bedeutung einer Verfassung sowie eine durch Gesetze abgesicherte Gewaltenteilung; er berücksichtigt darüber hinaus geschichtliche Erfahrungen bis hin zur ungarischen Revolution von 1956. Auf die Moderne und ihre Zukunft bezogen, ist dieses Begriffsverständnis – durchdrungen von den beiden Grundprinzipien der Pluralität und Natalität (als Bejahung menschlicher Spontaneität verstanden) – konsequent antitotalitär und antirassistisch. So sieht der Verfasser mit Recht die Aktualität der Arendtschen Theorie für die Politik im 21. Jahrhundert nicht zuletzt darin, »wie sie auch die Bedingungen für einen offenen Verkehr mit fremden Identitäten im Geist der Gleichberechtigung beschrieben hat.« (S. 241)

GERHARD LOZEK

Siegfried Wenzel:
Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-
Ökonomie, Dokumentation und
Erinnerungen, Scripta Mercaturae
Verlag St. Katharinen 1998, 195 S.
(36,00 DM) [I]

Siegfried Wenzel: War die DDR 1989
wirtschaftlich am Ende? Zum Produk-
tivitäts- und Effektivitätsvergleich der
Wirtschaften der BRD und der DDR,
hefte zur ddr-geschichte (hrsg. von
Gesellschaftswissenschaftliches
Forum/Helle Panke e.V.), H. 52,
Berlin 1998, 62 S. (5,00 DM) [II]

Der Autor, als langjähriger Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission (SPK) der DDR verantwortlich für den Bereich Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, erweist sich als keineswegs nur kühler Rechner. Wiederholt hat er sich nach der Wende mit persönlich gefärbten Analysen zur Arbeit der SPK und zur DDR-Volkswirtschaft zu Wort gemeldet. Auch wenn gelegentlich der Frust der »verpönten Rechner« in seinen Arbeiten durchklingen mag und die SPK im Vergleich zum verantwortlichen ZK-Sekretär Günter Mittag deutlich besser in der Schuldbzw. Kenntnisfrage des Zustandes der Volkswirtschaft abschneidet, so ist die Identifizierung des Autors mit seinem Thema, das auch sein Leben war, zu spüren. Er leidet sichtlich unter der eigenen Inkonsequenz in der Vergangenheit, hat wie viele loyale SED-Mitglieder trotz des Wissens um eine verkehrte Politik funktioniert. Weder die Vorstellung, Schlimmeres mit seinem Bleiben zu verhindern noch der vermeintliche Glaube, »nur in kleinen Schritten und unter Irrtümern« die sozialistische Vision verwirklichen zu können, läßt er als Entschuldigung gelten. Gerade deshalb wendet er sich gegen die Auffassung, daß das DDR-Leben »ein ›umsonst gelebtes Leben‹ war: »Es kann mit der Formel ›gewagt und verloren‹ beschrieben werden; aber nach dem verlorenen kommt etwas, nämlich die Gewinnung von Erkenntnissen und Erfahrungen« (I/S. III).

Dafür setzt sich Wenzel vehement ein.

Wenn auch manche Argumente nicht unbekannt sind, so sind sie zweifellos von Erklärungswert für das Schicksal der DDR. Breiten Raum nehmen bei ihm die Ausgangsbedingungen des Ostens ein: die Kriegsverluste und die übermäßigen Reparationen an die UdSSR, die Teilungsdisproportionen, der fehlende Marshall-Plan, die Wanderungsverluste durch Fluchten in den Westen, die Abhängigkeit von der Sowjetunion (die er allerdings durchaus nicht einseitig als Nachteil sieht). Nachdrücklich verweist er darauf, daß genau diese Nachteile für den anderen deutschen Staat positiv zu Buche schlugen.

Insgesamt war für ihn die DDR »auf ökonomischem Gebiet faktisch bei der Entscheidung über jede einzelne Frage der wirtschaftlichen Entwicklung, der Gestaltung der Produktionsstruktur immer in einer Zwangslage: Die Beherrschung wichtiger Richtungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in der Welt war Voraussetzung, um zur Gruppe der fortgeschrittenen Industrieländer zu gehören und um an einen Wettbewerb überhaupt nur zu denken. Andererseits reichten dafür die Voraussetzungen und materiellen Bedingungen in keiner Weise aus. Es kam hinzu, daß die Wirtschaft der DDR aus politischen Gründen von Anfang an vom Weltmarkt und damit vom internationalen Austausch abgeschnitten war« (I/S. 108).

Ausführlich wird die Entwicklung der Planwirtschaft in der DDR abgehandelt und Leistungen wie Schwachpunkte dieses Systems werden beleuchtet. Da sind z.B. der zwingende Einfluß der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und die mit der Währungsunion 1948 vollzogene Spaltung, die beide wesentlich die DDR und ihre Wirtschaft begrenzten. Für den Wirtschaftler offensichtlich das größte Problem waren die ständigen voluntaristischen Eingriffe der Politik in das Wirtschaftsleben – die spätestens mit der 2. Parteikonferenz 1952 und dem Beschluß zum forcierten »Aufbau des Sozialismus« einsetzten. Diese Eingriffe sieht er in der ganzen Geschichte der DDR. Für Wenzel handelt es sich dabei um einen Konflikt grundlegender Art, der allerdings jede politisch gewollte und regulierte Wirtschaftsgestaltung berührt. Das Quantum dürfte wie bei jeder Medizin auch hier entscheidend sein.

Immer wieder kommt Wenzel darauf zurück. Auch im Kontext mit dem Neuen Ökonomischen System (NÖS) Ulbrichts und seiner Idee, die »Bilanzen zu ›brechen«, konstatiert er: »Die Unterordnung der ökonomischen Vernunft unter wünschenswerte, aber den ökonomischen Möglichkeiten nicht entsprechende politische Zielstellungen mußte zwangsläufig zu beträchtlichen Effektivitätsverlusten führen«(I/S. 47). Das NÖS als Reformversuch wird zwar gewürdigt, aber Skepsis zur Tragfähigkeit dieses Konzepts und der Realisierbarkeit der wirtschaftspolitischen Ziele Ulbrichts überwiegen. Zwei zentrale Argumente gegen diese Reform werden angeführt: Zum einen hätte es keine Möglichkeit gegeben, daß sich »die ökonomischen Kategorien wie Wert, Preis, Gewinn, Abschreibungen usw. ... auf der Grundlage objektiver Marktbeziehungen herausgebildet«(I/S. 43) hätten. Letztlich mußte zu ihrer Bestimmung auf den kapitalistischen Weltmarkt zurückgegriffen werden. Zweitens und entscheidend war aber, daß die Eigenverantwortung der Betriebe die Macht der SED-Führung in Frage stellen mußte. Wenzel resümiert: »Die Bedeutung – und politische Gefahr – des NÖS bestand darin, daß es der Ausgangspunkt für einen völlig anderen Weg der Leitung und Entwicklung der Wirtschaft hätte werden können. Das NÖS hatte deshalb hinsichtlich seiner Grundthesen keine Aussicht auf umfassende Realisierung«(I/S. 44).

Das Urteil zur Wirtschaftspolitik Honeckers fällt erstaunlich ausgewogen aus. Die eher sozialpolitisch ausgerichtete Umorientierung findet durchaus Zustimmung. Die Skepsis Honeckers gegenüber der bisherigen Ulbrichtschen Politik teilt Wenzel augenscheinlich. Er kann mit Ulbrichts »Überholen ohne Einzuholen« wie viele Zeitgenossen und die meisten heutigen Kritiker nichts anfangen. Aber eigentlich war gerade diese Position Ulbrichts weitsichtig, wenn auch versucht wurde, diese mit untauglichen Mitteln in einem dafür zu unbeweglichen und undemokratischen System durchzusetzen. Denn genau darauf verzichtete Honecker, der mit seinem »Kurs der Hauptaufgabe« nicht nur notwendige sozialpolitische Leistungen auf den Weg brachte, sondern vor allem den – vergeblichen – Versuch unternahm, dem Westen hinsicht-

lich der Konsumstandards Paroli zu bieten. Er wollte dem Westen hinterherrennen, nicht etwas grundsätzlich Neues schaffen.

Die Honeckersche Wirtschaftspolitik, so weist allerdings Wenzel nach, geriet in dem Moment in Schwierigkeiten, da sie sich in der absichtsvoll aufgestellten »Schuldenfalle« verfang. Hier werden wahrscheinlich jedoch Sachzwänge und Strategie verwechselt. Denn erst über veränderte weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen (Erdölpreis) und das Einschlagen eines unangemessenen Kurses durch die DDR und andere Ostblockstaaten mit einer Konsumpolitik des ungedeckten Vorgriffs auf die Zukunft wurden Strategien in Sachzwänge umgewandelt. Überzeugender legt er die fatalen Folgen der Erdölpreisentwicklung seit Mitte der siebziger Jahre für die DDR dar. Nur, auch hier bleibt die Frage, warum es die DDR nicht geschafft hat, auf andere Alternativen frühzeitig genug auszuweichen. Eine Volkswirtschaft, die letztlich auch nach der weitgehenden Erdölablösung anfangs der achtziger Jahre, jedesmal klagt, daß sie weiterhin zu wenig geliefert bekomme und die dann noch ein Großteil des Öls meist veredelt reexportiert, ist offenkundig sehr einseitig entwickelt.

Große Mühen wendet Wenzel auf, um die Frage zu beantworten, ob die DDR 1989 bankrott war. Da er dies letztlich an zwei Kriterien festmacht: einem »langanhaltenden Rückgang der Produktion bzw. der Leistung einer Volkswirtschaft, der zum ökonomischen und sozialem Kollaps führt« und der »Zahlungsfähigkeit einer Wirtschaft, die besonders im Unvermögen sichtbar wird, ihre fälligen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland zu erfüllen«(II/S. 6), kann er dies für die DDR mit gutem Gewissen bis 1989/90 verneinen. Augenscheinlich übersieht er aber, daß eine lang andauernde Wirtschaftskrise für staatssozialistische Länder offenkundig bereits identisch mit einer Stagnation der entscheidenden Leistungen war. Wenn angesichts ausufernder Subventionen zur Stützung eines ökonomisch nicht gerechtfertigten Konsumniveaus Akkumulation verhindert und Zukunft »aufgegessen« wird, dann ist das weit fataler als jede zyklische Krise in kapitalistischen Staaten. (Wenig hilfreich ist in diesem Zusammenhang die Verwendung ungeeignete-

ten Zahlenmaterials aus dem »geschönten« »Statistischen Jahrbuch der DDR« von 1989. Auch wenn das Jahrbuch des Folgejahres keine grundlegend anderen Tendenzen auswies – allerdings andere Zahlen und Zusammenstellungen –, so sind sie doch anders gewichtet und entsprechen eher seriöser Wissenschaftlichkeit.) Denn die staatssozialistischen Gesellschaften mit ihrem Anspruch auf Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und der steten Konfrontation mit ihrem westlichen Pendant waren durch Wirtschaftskrisen immer auch politisch bedroht. Ausschlaggebend war deshalb, letztlich auch psychologisch, daß verfallende Innenstädte, latente und wachsende Versorgungsmängel (bei durchaus eher anspruchsvollen Waren und Dienstleistungen) und fehlendes Material in den Betrieben im Kontrast zu den realen Wirtschaftsdaten ein weitaus düsteres Bild zeicheten. Gepaart mit fehlender Demokratie, damit Öffentlichkeit und Diskussion, zerstörte dies das Vertrauen in den Staat und damit die Grundlagen der Macht des Politbüros ebenso wie den sozialistischen Anspruch.

Insofern sind auch die Anstrengungen Wenzels, die reale Auslandsverschuldung der DDR bei »nur« rund 15 Mrd. US-\$ festzumachen (vgl. II/13) zwar erfreulich für die DDR, aber sonst nicht allzuviel wert (zumal hier auch Verbindlichkeiten zugerechnet wurden, die nicht zu realisieren waren). Im Unterschied zu den großen kapitalistischen Volkswirtschaften mit ihren Schulden in der Höhe von Billionen \$ oder DM waren die realsozialistischen Staaten schon mit viel weniger tödlich zu treffen. Eigene Devisenquellen hatten sie nicht oder nur wenige, Außenhandel mit Hartwährungsländern war für sie überlebensnotwendig, und daher vor allem waren sie politisch und ökonomisch erpressbar.

Dem Fazit von Wenzel, daß die DDR wirtschaftlich 1989 nicht bankrott war und seiner Polemik gegen das Vernichten von DDR-Eigentum durch die Art der Vereinigung mit der Bundesrepublik ist zweifellos zuzustimmen: »Das ›Unternehmen DDR‹ wurde nicht fortgeführt, sondern seine Wirtschaft ohne flankierende Maßnahmen in das kalte Wasser der Marktwirtschaft geworfen«(II/S. 41). Und das bekam ihr wie bekannt ausnehmend schlecht.

Berechtigt erinnert Wenzel, der als Experte

an den Verhandlungen zur Währungsunion beteiligt war, daran, daß die Folgen einer solchen Politik vorab bekannt waren. Versuche von Experten beider Seiten, dem durch entsprechende Übergangsregelungen entgegenzuwirken, wurde durch Druck der Lobbyisten interessierter Wirtschaftskreise, »vor allem der Kaufhauskonzerne, mächtigen Warenketten und Versandhäuser« durch politische Entscheidungen gegen eine »Begrenzung der ›Freizügigkeit des Warenverkehrs«(II/S. 43) zunichte gemacht. Ob allerdings die Verwirklichung der Träumereien des Vorsitzenden der SPK, von Wenzel und Schalck-G. ab 1986 von einer möglichen Konföderation (vgl. II/S. 14) mit der Bundesrepublik mehr gebracht hätten, ist höchst ungewiß. Wenig überzeugend ist die Behauptung, daß genau diese Überlegungen Ursache für die relative Offenlegung der Wirtschaftsdaten vor dem Politbüro am 30. Oktober 1989 gewesen wären.

Für eine andere Aussage liefert Wenzel jedoch eindeutiges Material. Das Wirtschaftssystem des Realsozialismus, das administrative Kommandosystem, war spätestens in den achtziger Jahren endgültig gescheitert. Das war kein DDR-Problem, sondern eines des gesamten Ostblocks. Im Unterschied zu einigen Verbündeten hatte die DDR-Führung sich aber gerade in den achtziger Jahren jeder ernsthaften Reform verweigert. Daran läßt Wenzel letztlich auch keinen Zweifel. Für ihn ist klar und sein Buch liefert dafür gute Argumente: Der Staatssozialismus ist »auf der Grundlage der bisherigen Konzepte und ›Lehrmeinungen‹ ... nicht zu reanimieren. Nostalgische Träume zu pflegen ist vertane Zeit«(I/S. 177). Die unantastbare Führungsrolle der Partei und das auf ihr basierende Machtsystem sowie die Verstaatlichung (allerdings auch das Gruppeneigentum jugoslawischen Zuschnitts) waren untauglich für eine erfolgreiche Wirtschaftsordnung. Allerdings verweist Wenzel ebenso vehement auf die Mängel der zunächst erfolgreichen kapitalistischen Marktwirtschaft. Berechtigt fordert er ein weiteres Nachdenken über ›dritte Wege‹. Hier kann ihm nur zugestimmt werden.

Wenzel sollte mit seinen tiefen Erfahrungen über jene wirtschaftlich rationale, sozial ausgerichtete Wirtschaftsstruktur nachdenken, die jeder Alternativversuch zum heu-

tigen Kapitalismus brauchen wird. Das ist auch die Aufforderung an alle kritischen Leser, denn was war, das können wir schon weit genauer erfassen.

STEFAN BOLLINGER

Bodo Hombach:
Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte, mit einem Nachwort von Gerhard Schröder, Econ-Verlag München 1998, 229 S. (39,80 DM)

Bodo Hombach ist nicht schlechthin Minister im Kanzleramt. Er gilt schon seit längerem als der Berater von Gerhard Schröder. Man kann deshalb davon ausgehen, daß vieles von dem, was wir in seinem Buch lesen, das Denken und Handeln des neuen Bundeskanzlers beeinflusst. Daher ist es auch nicht zufällig, daß Schröder das Nachwort zu diesem Buch geschrieben hat.

Die zentralen politischen Botschaften formuliert Hombach schon in seinem Vorwort: »Wir leben in einer blockierten Gesellschaft... Die Prozesse und Institutionen, die heute noch für Blockaden in Gesellschaft und Politik verantwortlich sind, können und müssen umgebaut und aktiviert werden... Wer den Status quo des Wohlfahrtsstaates verbissen verteidigt, ist in Wahrheit sein Totengräber... Es gilt, zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zurückzukehren.« Das zentrale Stichwort des Autors heißt »der aktivierende Staat«. Wörtlich seine Botschaft: »Wir müssen den Sozialstaat vom Sicherheitsnetz zum Trampolin machen, von der Hängematte zum Sprungbrett, das den einzelnen zurückfedert in das Arbeitsleben, in Eigenverantwortung, in die Teilhabe an der Gesellschaft... Die Konsequenz: Jeder Job ist besser als gar keiner.«

Diese Überlegungen sind nicht weltfremd, sie sind machbar und in anderen Ländern wie in den USA oder auch in den Niederlanden schon Praxis. Ein großer Teil der Schrift ist deshalb auch der Politik in diesen Ländern gewidmet. Es geht Hombach offenbar darum, das von ihm als machbar erkannte auch in Angriff zu nehmen, statt weiterreichenden Idealen zum Durchbruch zu verhelfen. Er schreibt,

daß in der heutigen Welt Ideale wichtig sind. Es sei aber fatal, Ideologien anzuhängen. Dem ist zwar zuzustimmen; gemeint aber ist offenbar ein Bekenntnis zum Pragmatismus, ohne auf weiterreichende Ziele und Ideale einzugehen.

Wenn Hombachs Konsequenz lautet: »Jeder Job ist besser als gar keiner«, dann impliziert dies auch andere Konsequenzen: Die sozialen Gräben der Gesellschaft werden nicht zugeschüttet, sondern nur verlagert. Das Wort soziale Gerechtigkeit kommt deshalb auch bei ihm so gut wie nicht vor. Eine sozial gerechte Gesellschaft ist somit kein Ziel mehr, kein Ideal. Und da zeigt sich auch, wohin schlichter Pragmatismus führt. Zwar ist es besser, wenn Leute einer Arbeit nachgehen als gar keiner. Aber gleichzeitig bedeutet das, sich mit einer Gesellschaft abzufinden, die gespalten ist in diejenigen, die gut bezahlten und sicheren Jobs nachgehen und solchen, die sich am Rande in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen von zwei bis drei Billigjobs über Wasser halten müssen.

Allgemein formuliert Hombach zutreffend: »Die finanzielle Krise des Umverteilungsstaates ist gleichzeitig die herausragende Chance des aktivierenden Sozialstaates«. Oder: »Wo er Gelder statt Chancen verteilt, fährt der Sozialstaat einen Crashkurs« (S.199). Vom Sicherheitsnetz zum Trampolin. Also, den einzelnen nicht nur auffangen, sondern zurückfedern in das Arbeitsleben, in Selbstbewußtsein, Eigeninitiative und Eigenverantwortung, in die Teilhabe an der Gesellschaft. Auch die Feststellung, daß die Sicherungssysteme von der Alternative ausgehen, einen Vollarbeitsplatz zu haben oder arbeitslos zu sein, muß unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit zur Falle werden (vgl. S. 202). Hombach plädiert für eine steuerfinanzierte bedarfsorientierte Grundsicherung. Dabei könnten arbeitsmarktpolitische Effekte erzielt werden, wenn künftige eigene Einkommen nur zu maximal 50 Prozent auf die Sozialtransfers der Grundsicherung angerechnet würden.

Hombach setzt sich auch für eine Subventionierung der Sozialabgaben im Niedriglohnssektor ein. Nur durch eine dauerhafte Ausweitung der Beschäftigung in den binnenabsatzorientierten Dienstleistungsbereichen könnten Menschen, die nicht in die »olympiareifen«

Belegschaften passen, ihren Platz finden – und den Weg zurück in besser bezahlte Beschäftigung (vgl. S. 203). Alles nicht von der Hand zu weisen. Aber das sind alles nur Antworten für gering Qualifizierte. Das Problem der Massenarbeitslosigkeit läßt sich aber bei weitem nicht darauf reduzieren. Die Frage ist, ob lediglich gering qualifizierte Beschäftigung bei den Sozialabgaben subventioniert werden soll oder ob nicht besser Arbeitszeitverkürzungen durch Abstriche bei den Sozialabgaben stimuliert werden sollten. Hier gibt es verschiedene Modellvorstellungen, die aber spricht Hombach gar nicht erst an.

Der Autor hat sicher recht, wenn er sich gegen eine Alternative ausspricht, die in den achtziger und der ersten Hälfte der neunziger Jahre oftmals angeboten wurde: Auf der einen Seite mehr Planung und Dirigismus, noch mehr und noch teurere Programme für das Herumkurieren an den Symptomen, mehr Geld für den Staat – und alles werde gut. Oder auf der anderen Seite Deregulierung um jeden Preis, Abbau des Sozialstaates, Unterwerfung aller Politik unter die Standortlogik.

Was bietet Hombach demgegenüber an? Er meint, daß kein Weg zur traditionellen Politik der Verteilung zurückführe. Offen bleibt, ob Hombach nur die »traditionelle« Verteilungspolitik oder Verteilungspolitik generell in Frage stellt. Gerade heute ist Um-Verteilungspolitik notwendig, so zum Beispiel der Gewinne aus der Hochtechnologie-Exportwirtschaft in die personalintensiven regionalen Wirtschaftskreisläufe und die personenbezogenen Dienstleistungen. Das ist zwar nicht traditionell – aber ohne Umverteilung, die durch den Staat initiiert und gefördert wird, geht es nicht.

Das hat nichts mit Staatsgläubigkeit zu tun, von der sich Hombach zu Recht verabschieden will. Er merkt an, daß die Parteien sozialdemokratischen Typs, die aus Wahlen als Sieger hervorgegangen seien, sich von der »Steuer- und Ausgabenpolitik der siebziger Jahre endgültig verabschiedet« hätten. Die Strukturbrüche in der Arbeitswelt, die Wertedifferenzierung, der demographische und der sozialstrukturelle Wandel verlangten eine Modernisierung der Institutionen und der Politikkonzepte. Soweit, so gut. Was Hombach dann aber anbietet, ist die reine Enttäuschung.

In Zukunft müsse der Staat eher wie eine

Konzernzentrale gedacht werden (vgl. S. 66). Das nationale Regelwerk müsse flexibilisiert werden und auf einer neuen, vor allem auf der europäischen Ebene um Instrumente der Verhandlung und des Interessenausgleichs ergänzt werden. Und, »überall muß das Element der Eigenverantwortung gestärkt werden, wenn das Gesellschaftssystem in der sich immer weiter dezentralisierenden Informationsgesellschaft anpassungsfähig bleiben soll...« (S. 68). Keine Regelungsmonopole mehr, sondern gerechte Regelsysteme für wechselnde Wettbewerbsbedingungen und individuelle Herausforderungen. Und dann kommt der Lieblingsbegriff des Autors wieder, der vom »befähigenden«, »aktivierenden Staat« und das Bild vom »Trampolin«. Der Autor dreht sich im Kreise. Und was heißt eigentlich »Eigenverantwortlichkeit« sozialpolitisch konkret? Hier schweigt Hombach.

Er kritisiert die zu hohe Abgabenlast und Steuern, ähnlich wie das Konservative und Liberale tun. Seine Schlußfolgerung, es gehe um eine neues Steuerungsmodell, das sehr viel mehr Kreativität brauche, Innovationsbereitschaft und den langen Atem der vorausschauenden Politik, als das alte, dirigistische Modell – das klingt in dieser Allgemeinheit gut, bleibt aber seltsam abstrakt und kaum handhabbar. Man möchte meinen, es handelt sich eher um schöne Worte als um eine durchdachte neue Konzeption. Da kann auch Pragmatismus nicht viel ausrichten.

Relativ konkret hingegen beschreibt Hombach die Themen, die bei einem Bündnis für Arbeit angepackt werden müßten. Die Ausgestaltung einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik; die Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten mit einer Steuerreform; Regelungen über einen Kombilohn; differenzierte Arbeitszeitverkürzungen und die Neugestaltung der Mitbestimmung (vgl. S. 123f.). Er geht davon aus, daß heute linke Politik »Fairness« sei, »sowohl gegenüber denen, die Hilfe brauchen als auch gegenüber denen, die diese Hilfe leisten sollen« (S. 198). Auch das ist reichlich nebulös. Was heißt Fairness gegenüber denen, die »Hilfe leisten sollen«? Wer ist das? Für Hombach heißt das Zukunftsprojekt »Modernisierung der Mechanismen, mit denen der Staat Chancengleichheit herzustellen versucht« (S. 198). Und seine Maxime

lautet: »Wir brauchen Gleichheit beim Start, nicht im Ergebnis, eine Politik der zweiten Chance.« Richtig, eine zweite Chance, die aktivieren soll. Aber gibt es eine Gleichheit beim Start überhaupt in einer kapitaldominierten Gesellschaft? Linke Politik sollte bei ihrem Anspruch bleiben, die Ungleichheit beim Start zumindest zu relativieren. Und sie sollte am Ziel einer sozial gerechten und emanzipatorischen Gesellschaft festhalten. Das aber sucht man bei Hombach oft vergebens.

HORST DIETZEL

Pierre Bourdieu u.a.:

Der Einzige und sein Eigenheim,
Schriften zu Politik & Kultur 3,
hrsg. von Margareta Steinrücke,
VSA-Verlag Hamburg 1998, 206 S.
(36,80 DM)

Die kleinbürgerliche Sehnsucht nach dem Einfamilienhaus und die neoliberale Wohnungspolitik, die Illusion des einzelnen und der Mechanismus des Marktes sind Themen, auf die Pierre Bourdieu als politisch engagierter Soziologe immer wieder zurückkommt. Der vorliegende Sammelband vereinigt die diesbezüglichen empirischen und theoretischen Erkenntnisse Bourdieus und der Mitautorinnen.

Der Titel des Sammelbandes – von Herausgeberin und Verlag in Anlehnung an Kaspar Schmidts alias Max Stirners, vom jungen Marx in der Deutschen Ideologie heftig attackiertem Hauptwerk »Der Einzige und sein Eigentum« gewählt – läßt inhaltlich weniger vermuten, als tatsächlich geboten wird: Er handelt nicht vom *Einzigen*, sondern vom ökonomischen und sozialen Bedingungsgefüge, das den *einzelnen* dazu bringt, die folgenschwere Entscheidung zum Erwerb eines Häuschens zu treffen, und das *eigene Heim* steht nicht für sich, sondern ist das *Beispiel* für den Mythos des Marktes schlechthin.

Die Texte zu den Auswirkungen des Kaufs eines selbstgenutzten Hauses auf Lebenssituation und -plan der Eigentümer sowie zu den Bedingungen, unter denen der Erwerb zustande kommt, nehmen, sieht man/frau von den

konkreten Details der französischen Verhältnisse ab (wobei den deutschen Lesern schon Kürzungen und Weglassungen entgegenkommen), für Frankreich das an Erkenntnissen verallgemeinert vorweg, was sich in Deutschland insbesondere seit dem 1997 verabschiedeten Eigenheimzulagengesetz zunehmend im Bereich der sogenannten Schwellenhaushalte abspielt: Was auf den ersten Blick für Familien mit geringen Ersparnissen und relativ niedrigen Einkommen als Vorteil – die relativ großzügige staatliche Unterstützung – erschien, erweist sich im nachhinein oft als unerträgliche Belastung und Enttäuschung. Statt in der vermeintlichen großen Freiheit finden sich viele als Eigentümer kleiner Häuser mit dem Lärm des Rasenmähers vom Nachbarn, in entfernten Orten ohne hinreichende Infrastruktur und in den Ketten restriktiver Kreditverträge wieder, aus denen oft nur die Zwangsversteigerung Befreiung bringt.

In der Mehrzahl der Beiträge werden die konkreten Bedingungen herausgearbeitet, unter denen neoliberale Politik den Schwenk vom sozialen Wohnungsbau zum Vorrang der Wohneigentumsförderung vollzog.

»Ein Zeichen der Zeit« (S. 17ff.) beschreibt auf der Grundlage von Interviews die Bestrebungen und irrefeleitete Wünsche, aber auch die Desillusionierung und die Leiden der betroffenen Kleinrentner. Dadurch, daß sie sich häufig auf für sie zu groß angelegte, weil mehr auf ihre Ansprüche als auf ihre Möglichkeiten zugeschnittene Projekte eingelassen haben, brachten sie sich selbst in eine von übermächtigen Zwängen beherrschte Lage. So funktioniert das Eigenheim wie eine Falle. Dabei wird deutlich, daß eine Politik, die scheinbar nur auf das Wohnen zielt, die ganze Gesellschaft zutiefst prägt: Mit den Banden des Hauseigentums wird die bestehende Ordnung befestigt. Oder wie Bourdieu an anderer Stelle (»Die verborgenen Mechanismen der Macht«, VSA-Verlag Hamburg 1997, S. 144f., 155) erläutert: Die Hinwendung zum Wohneigentum ist eines der wichtigsten Phänomene heutiger Entwicklungen; dies muß man begreifen, um die politischen Veränderungen zu verstehen, die »Entgewerkschaftlichung«, den Rückzug ins Private usw. usf.

Die Produktspezifika und das Produktionsfeld des Einfamilienhauses werden in »Eine

sichere Geldanlage für die Familie« (S. 26ff.) abgehandelt. Als auf die Familie bezogene, deren zeitliche Fortdauer voraussetzende und garantierende Investition hat das Eigenheim einen hohen Symbolwert. Das veranlaßt die anbietenden Firmen, das Massenhafte ihrer Produkte und ihre modernen Produktionstechniken unter dem Mantel des »Traditionellen« zu verbergen, wie schon der Blick auf die Werbefrospekte zeigt. Analysen zur internen Organisation und Personalstruktur einer großen Zahl von Firmen wurden durch Interviews mit Managern großer und mittlerer Gesellschaften ergänzt.

In »Ein Vertrag unter Zwang« (S. 84ff.) belegt die Analyse von Vertragsverhandlungen die nahezu konstante Abfolge von Sequenzen, in deren Verlauf sich Verkäufer von Häusern in Verkäufer von Krediten verwandeln, wobei sich der Käufer immer mehr dem Diktat des Kreditgebers beugen muß.

In »Der Eigentumssinn« (S. 130ff.) wird die soziale Genese des Präferenzsystems behandelt, das den einzelnen veranlaßt, statt zur Miete im eigenen Heim wohnen zu wollen. Dazu werden die Hauptfaktoren der Wohnnachfrage – soziale Laufbahn, Alter, Familienstand, Stellung im Familienzyklus und Kinderzahl der einzelnen Akteure im Zusammenhang mit bestimmten Marktlagen und den jeweiligen institutionellen Marktzugängen – untersucht. Danach hat der Erwerb von Wohneigentum vor allem bei den höheren und mittleren Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie bei den qualifizierteren Arbeitern zugenommen. Diese Schichten haben relativ stabile Einkommenserwartungen, erfüllen also die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme langfristiger Kredite als inzwischen wesentlicher Bedingung zum Erwerb von Wohneigentum.

Mit den genannten Beiträgen zu den verschiedenen Aspekten des Einfamilienhauses werden die ökonomischen und sozialen Bedingungen und Folgen seines Baus und Erwerbs anschaulich problematisiert. Berücksichtigt man außerdem die hier nicht dargestellten ökologischen Auswirkungen des »Einfamilienhauses im Grünen« – auch bei von Herstellern angepriesenen »Öko-Häusern« gegenüber dem städtischen Mehrfamilienhaus vor allem der erhöhte Verbrauch von

Heizenergie, die Zersiedlung der Landschaft sowie der nahezu totale Übergang zum Individualverkehr und damit die Zerstörung des öffentlichen Personennahverkehrs –, so werden die negativen Folgen der neoliberalen Wohnungspolitik für Gesellschaft und Natur überdeutlich. Das gilt auch für Deutschland: Schließlich wurde von den vier wohnungspolitischen Vorhaben der vergangenen CDU/FDP-Regierung nur eins – die verstärkte Eigenheimförderung – verwirklicht; die anderen drei – der soziale Wohnungsbau sowie die Reformen des Mietrechts und des Wohngeldsystems – nicht.

Bei alledem geht es dem Verfasser und den Mitverfasserinnen aber um mehr als nur die spezielle Problematik des Wohneigentums, vielmehr steht diese als Beispiel für Grundsätzlicheres, wie Bourdieu im letzten, 1997 verfaßten Beitrag des Sammelbandes unter der Überschrift »Das ökonomische Feld« (S. 162ff.) explizit aussagt: Die Forschung zur Produktion und Vermarktung des Eigenheimes sollte insgesamt die theoretischen, besonders die anthropologischen Voraussetzungen der ökonomischen Orthodoxie auf die Probe stellen. Es ging und geht um den wissenschaftlichen Mythos des Marktes als angeblich reinen Mechanismus der Begegnung von Angebot und Nachfrage. Mehr oder weniger sei jeder Markt analog dem Eigenheimmarkt das Ergebnis einer doppelten sozialen Konstruktion, wozu der Staat einen entscheidenden Teil beisteuert: zum einen die Konstruktion der Nachfrage durch die Produktion bzw. Förderung der individuellen Dispositionen – hier in bezug auf Miete oder Kauf der Wohnung bzw. des Hauses – und zum anderen durch die Konstruktion des Angebotes, besonders auf dem Weg über die Kreditpolitik der Banken und die Gestaltung der Produktions- und Marketingbedingungen der Anbieter durch die entsprechende Wirtschaftspolitik. So wird schließlich am Beispiel des Eigenheims außerordentlich deutlich, daß nicht ein isolierter, absolut rational handelnder »homo oeconomicus« auf einem abstrakten Markt agiert, sondern daß die Entscheidungen von Kollektiven – Gruppe, Familie oder Unternehmen – in einem ökonomischen und sozialen Feld getroffen werden. Dabei sind die ökonomischen Strategien der

Handelnden sowohl in ihrer inkorporierten Geschichte verwurzelt als auch in ein komplexes System von Reproduktionsmustern eingebettet. Aufbauend auf diesen Forschungsergebnissen ließe sich somit eine ökonomische Theorie entwerfen, die stärker der praktischen Logik der Akteure Rechnung trägt, indem sie die sozialen Bedingungen der Entstehung ökonomischer Einrichtungen einbezieht.

Unter diesem Blickwinkel ist der Band nicht nur für wohnungspolitisch, sondern auch für ökonomisch und soziologisch Interessierte höchst lesenswert.

JOACHIM TESCH

Hansgeorg Conert:
Vom Handelskapital zur Globalisierung.
Entwicklung und Kritik der
kapitalistischen Ökonomie,
Westfälisches Dampfboot
Münster 1998, 579 S. (68,00 DM)

Je euphorischer hierzulande die Wortführer des Kapitals – von Henkel über Hundt bis Stihl – den Chancen der Globalisierung das Wort reden und je mehr Regierung und Gewerkschaften in die Defensive geraten, um so heftiger wird offenbar die vor allem von linken Theoretikern und Publizisten vorgetragene Globalisierungskritik. Auch das vorliegende voluminöse Werk kann und will auf das »G-Wort« in Titel und Gliederung nicht verzichten, beabsichtigt allerdings wesentlich mehr, als allein die Auseinandersetzung mit den jüngsten realkapitalistischen Entwicklungstrends. Conert geht es vielmehr um eine kritische Gesamtschau auf die kapitalistische Ökonomie, deren Fehlentwicklungen, negative Konsequenzen und Gefährdungspotentiale seiner nur allzu berechtigten Grundüberzeugung nach mehr denn je einer konsequenten Kritik – vom »Handelskapital bis zur Globalisierung« – bedürfen. Daß er mit seiner Titelwahl das Globalisierungsphänomen ohne einsichtigen Grund und auch (wie sich im Abschnitt 8.5, S. 376ff. zeigt) ohne triftige argumentative Rechtfertigung faktisch in den Rang einer eigenständigen Entwicklungsepoch des Kapitalismus, ähnlich der des Mer-

kantilismus (Handelskapital), erhebt, sei nur am Rande kritisch vermerkt. Wesentlich für die Beurteilung seiner Schrift ist der Anspruch, ein facettenreiches Studienmaterial vorzulegen, das nicht nur im akademischen Lehrbetrieb, sondern auch in der allgemeinpolitischen, außerschulischen Bildung sowie interessierten Autodidakten einigen Erkenntnisgewinn ermöglicht (vgl. S. 12).

Dem didaktischen Zweck entspricht vor allem der Aufbau des Buches, das Conert in zwei größere Teile gliedert – in einen eher grundsätzlichen Teil, der sich mit wirtschafts-, sozial und ideengeschichtlichen Aspekten der kapitalistischen Produktionsweise befaßt, und in einen zweiten Teil, der ihre ökonomische und soziale Dynamik seit Marx bis in die Gegenwart beschreibt, wobei die beiden abschließenden Kapitel zu den »Umrissen einer real-utopischen Alternative« und »zur Perspektive des entfesselten Kapitalismus« faktisch einen eigenständigen, über das Hauptanliegen des Buches hinausweisenden Teil darstellen. Die bemerkenswert klare Gliederung in Kapitel und (Unter)Abschnitte gestattet es zudem, das Buch auch für die Beschäftigung mit selektiven, quer zur systematischen Gliederung liegenden Themenkomplexen als Studienmaterial zu nutzen.

Im ersten Teil befaßt sich Conert zunächst in gedrängter Form mit den allgemeinen Merkmalen, der historischen Herausbildung und den sozialen Folgen der kapitalistischen Ökonomie, um sich schließlich ihrer theoriegeschichtlichen Begründung und Legitimation (von Smith über Locke bis Hobbes und Mandeville) sowie insbesondere der Marxschen Kapitalismuskritik zuzuwenden. Gerade die Diskussion der Marxschen Positionen, die keineswegs auf die im engeren Sinne ökonomischen Teile seines Werkes beschränkt bleibt und so durchaus anregende Gedanken zur Entfremdungsproblematik zur Zivilgesellschaft und der Rolle des Staates einschließt, präsentiert eine Fülle von Überlegungen, die im weiteren Fortgang der Darstellung interessanten Bezüge zu aktuelleren Entwicklungen aufzeigen (nicht zuletzt auch für den »real-utopischen Entwurf« im vorletzten Kapitel). Der zweite Teil, der die Entwicklung des »modernen« Kapitalismus der zurückliegenden ca. 130 Jahre zum Gegenstand hat, argumentiert

zunächst vor allem wirtschafts- und sozialhistorisch; d.h. heißt, es werden im wesentlichen die realgeschichtlichen Entwicklungen in (West)Europa und insbesondere in Deutschland als Grundlage zur Ableitung verallgemeinerbarer Entwicklungstrends herangezogen. Auch wenn das auf einer komplexen Problemsicht beruhende Vorgehen von Conert – er diskutiert keineswegs nur im engeren Sinne ökonomisch-soziale, sondern auch politische und ideologische bzw. theoriegeschichtliche Prozesse – grundsätzlich zu begrüßen ist, verschwinden bei ihm hinter der Rekapitulation des Geschichtsverlaufs mehr und mehr die systemlogischen Momente aktueller kapitalistischer Entwicklung. Diese treten dann im Kapitel 8, das der Kritik des ›postfordistischen‹ Kapitalismus der Gegenwart gewidmet ist, reichlich unvermittelt wieder auf den Plan, während sie für dem Zeitraum zwischen 1870 und 1970 einen eher randständigen Platz in der Darstellung innehatten. Ähnliches trifft schließlich auch für die Behandlungen der Wirkungen des Weltmarktes zu. Hier wird die »asymmetrische Struktur« der internationalen Arbeitsteilung bzw. des Weltmarkts überhaupt – abgesehen von einigen spärlichen cursorischen Verweisen auf Kolonialismus und Imperialismus (vgl. insbesondere S. 193ff.) bzw. die ›Dritte Welt‹ – faktisch erst in seiner ›entwickeltesten‹ Form und mit bedenklich eingeschränkter Perspektive auf die OECD-Welt in die Analyse eingeführt (vgl. S. 408ff.). Insgesamt erweisen sich neben den historischen Überblicksdarstellungen im zweiten Teil erneut die Ausführungen zur Theorienentwicklung – insbesondere zur Rolle des Neoliberalismus (vgl. S. 304ff.) und zur analytischen Leistungsfähigkeit regulationstheoretischer Konzepte (vgl. S. 274ff.) – als besonders gelungen.

Nach der bei aller unvermeidlichen Unvollkommenheit (und bei allen von Conert selbst immer und überall vorgebrachten Hinweisen auf die unvermeidlichen Lücken und Verkürzungen in der Darstellung – der Rezensent hat auf 478 Textseiten 284 derartige Vorbehalte gezählt) doch ausgesprochen gelungenen Kritik der aktuellen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus wagt sich Conert schließlich noch in das Labyrinth der Strukturen einer möglichen Alternative zum scheinbar alterna-

tivlos herrschenden Gesellschaftsmodell. Dabei treibt ihn eingeständenermaßen vor allem das Motiv zu zeigen, daß auch nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus sowjetischen Typs zumindest eine »Alternative zum Kapitalismus denkmöglich« (S. 443) ist. Und genauso wird das ›Denkmodell‹ einer »partizipatorisch bedarfszentrierten Produktionsweise« (mit ihren ›leitenden Normen‹, ›Kernstrukturen‹, ›Institutionen‹, ›Funktionsweisen‹ etc.) dann auch entwickelt – rein logisch-theoretisch. Auch das ist angesichts des allgemeinen Ratlosigkeit sicherlich bereits verdienstvoll. Aber auf die wahrscheinlich entscheidende Frage, wie und durch wen in der »erheischten Frist« ein derart »fundamentaler gesellschaftlicher Richtungswechsel« (S. 472) zu erzwingen wäre, weiß Conert, wie er am Ende selbst freimütig einräumt, auch keine befriedigende Antwort. Da bleibt dem Leser (wie auch dem Rezensenten) nur der ›Rückgriff‹ auf eine, durch die postsozialistischen Entwicklungen allerdings einigermaßen ins abenteuerliche gewendete Lieblingsmetapher des gescheiterten Sozialismus-Reformers Gorbatschow – »Das wird die Geschichte zeigen«.

ARNDT HOPFMANN

Detlef Nakath/Gero Neugebauer/
Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.):
»Im Kreml brennt noch Licht«.
Die Spitzenkontakte zwischen
SED/PDS und KPdSU 1989-1991,
Karl Dietz Verlag Berlin 1998,
287 S. (36,00 DM)

Dem Dietz Verlag und den rührigen Herausgebern ist es zu verdanken, daß die zeitgeschichtliche Dokumentenreihe zur späten DDR-Geschichte um einen weiteren Band ergänzt werden konnte. Es gibt allerdings Besonderheiten. Zum einen findet der Leser hier in der Stiftung Archiv der Parteien Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und vor allem im gegenwärtig noch im Aufbau begriffenen Archiv der PDS gesammelte Dokumente zur Reflexion eines finalen Prozesses. In dessen Verlauf hat sich die DDR aufgelöst, wurde von der östlichen Supermacht aufgege-

ben und schlug den von einer Bevölkerungsmehrheit gewollten Weg in die deutsche Einheit ein. Nicht mehr das Ringen um eine andere, reformierte DDR stand nach der Maueröffnung im Mittelpunkt, sondern mehr und mehr die Bedingungen für den Untergang dieses Staatsgebildes zwischen Elbe und Oder. Zum anderen ist es das Bild einer Partei, die im rasanten Tempo ihre beanspruchte und exzessiv praktizierte Führungsrolle unter massiven Druck der selbstbewußt gewordenen Bürger und der potentiellen bundesdeutschen »Helfer« aufgeben mußte. Es ist der Wandel von der allmächtigen, anerkannten und gefürchteten Staatspartei stalinistischer Bauart zu einer relativ schwachen, von allen Seiten bekämpften, sich langsam zum demokratischen Sozialismus wandelnden Oppositionspartei mit gesamtdeutschem Anspruch. Damit verbunden ist schließlich die machtpolitische Abwertung dieser Partei auch in den Beziehungen zu ihrem bisherigen Vorbild, Lehr- und Zuchtmeister in Moskau. Das widerspiegelt sich in der Auswahl der Dokumente und ihrem wandelnden Inhalt. Der Untertitel »die Spitzenkontakte« verspricht mit wenigen Ausnahmen zuviel. Von den 42 ausgegrabenen Dokumenten, abgesehen von dem noch veröffentlichten knappen Bericht zum Moskau-Besuch von Krenz am 1. November 1989 und einer Botschaft Gorbatschows vom 24. November an Krenz im Vorfeld des Malta-Gipfels, behandeln nur neun tatsächliche beiderseitige Spitzenkontakte zwischen dem neuen SED/PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi bzw. dem Ministerpräsident Modrow und Michail Gorbatschow.

Hervorzuheben sind dabei die ersten Kontakte im Zusammenhang mit der Wahl Gysis und der eigentlich zentrale, allerdings von den Herausgebern schon zweimal andernorts veröffentlichten Berichts über das einzige direkte Treffen Gysis mit Gorbatschow anlässlich des Besuchs des Parteivorsitzenden am 2. Februar 1990 in Moskau. Nicht zufällig widerspiegeln die letzte persönliche Botschaft Gorbatschows, eine Urlaubseinladung für Gysi, und der Bericht über Gorbatschows belanglosen Auftritt bei einem Treffen von Parteidelegationen aus ost- und zentraleuropäischen Ländern am 15. November 1990 die Tragweite des Wandels im politischen

Koordinatensystem. Während hier die entmachteten Parteien, so wie Gysi, nicht zuletzt »aus psychologischen und emotionalen Gründen« die Solidarität Moskaus erbitten, muß der Chef der Führungsmacht nun selbst erklären, »daß auch die KPdSU mit der Solidarität der anwesenden Vertreter der Parteien aus Osteuropa rechne« (S. 147). Die haben er und mehr noch seine Partei inzwischen bitter nötig und mit ihrer Politik der vergangenen zwölf Monate kaum verdient.

Die anderen veröffentlichten Dokumente belegen, daß die PDS mit dem Wandel der sowjetischen Positionen sehr schnell als Partner bedeutungslos wurde. Sichtlich hoffte die sowjetische Seite, daß die PDS sich als sozialdemokratische Partei entwickeln und etablieren möge. Vor den Volkskammerwahlen waren zudem die Hoffnungen groß, daß die westdeutsche SPD einen entscheidenden Einfluß in der DDR und im vereinten Deutschland gewinnen könnte. Immer wieder drehten sich die Gespräche um Einschätzungen zur Rolle der SPD und einzelner Politiker. Moskau glaubte, hier eigene Interessen durchsetzen zu können. All das erwies sich als fehlerhafte Rechnung. Als Hauptakteur in vielen, besonders den späten Gesprächen, erscheint Valentin Falin als für internationale Beziehungen verantwortlicher Sekretär. Aber schon in seiner Person wird auch hier das Dilemma deutlich. Die Machtverhältnisse in Moskau hatten sich ebenso gründlich gewandelt wie die politischen Einstellungen Gorbatschows und seines Umfelds, zu dem Falin und seine ZK-Abteilung immer weniger gehörten. Gorbatschow baute auf die Stärkung der Rolle des Staates und sah sich immer mehr als Präsident und nicht als Parteiführer. Demzufolge mußten die nichtstaatlichen Parteibeziehungen bedeutungslos werden, zumal die osteuropäischen Parteien ihre Macht bereits verloren hatten. Vor allem aber hatte die sowjetische Führung zwischen Mitte November 1989 und Ende Januar 1990 ihre Neuorientierung zu den osteuropäischen Fragen unter dem Druck der Ereignisse und nach dem faktischen Eingeständnis der Niederlage im Kalten Krieg in Malta gegenüber den USA verändert. Osteuropa und auch die DDR waren nicht mehr zu halten und Gorbatschow suchte nur einen Weg, diesen Übergang für

das eigene Land attraktiv zu gestalten. Angesichts der sichtbaren Preisgabe der mit Blut geschriebenen Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges war das nicht einfach. Trotzdem war er an in diesem Fall bundesdeutschem Engagement für seine Perestrojka in der Sowjetunion interessiert.

Nüchternes Interessenkalkül bestimmte das sowjetische Handeln. Nach dem Ausfall der DDR als Partner und mit Honeckers Perestrojka-Verweigerung hatte Moskau kein überlebenswichtiges Interesse mehr an der DDR. Die Prozesse dort konnte sie immer weniger aufhalten und steuern, also orientierte sie sich neu.

Die PDS hatte »Pech«. Sie bekam diesen Kurswechsel nicht mit. Es wirkt rührend, wie Gysi in seinem ersten Telefonat und dann bei seinem Moskau-Besuch Gorbatschow seiner Bewunderung versichert und irgendwie auf sowjetische Unterstützung setzt. Die sowjetischen Versprechungen bleiben dagegen vage, ja doppelzünftig, da man sich von Woche zu Woche mehr mit einem Preisgeben der DDR und einer Verständigung mit der Bundesrepublik angefreundet hatte.

Für die PDS mußte dies ein Lernprozeß sein, der wohl erst mit dem »Putsch« von 1991 abgeschlossen war. Ihre reichlich abgedruckten internen Einschätzungen und Positionspapiere zur sowjetischen Politik widerspiegeln dabei mehr und mehr Hilflosigkeit und das Chaos in der UdSSR. Das hatten allerdings die sowjetischen Gesprächspartner – zunächst noch mit zur Schau gestelltem Optimismus – ihren Gästen ausführlich vermittelt. Schon im ersten Gespräch Gysis mit Politbüromitglied Alexander Jakowlew am Rande des Sonderparteitages der SED, Dezember 1989, nahm die Schilderung der Umgestaltungsprobleme den breitesten Raum des Berichts ein. Gysi und seinen Genossen mußten die eigenen Probleme da ziemlich klein vorgekommen sein. Aber es enthüllt eben auch den Blickwinkel der sowjetischen Seite. Sie war viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt und nicht zu einer ernsthaften politischen Intervention zugunsten der Reformkräfte und des Erhalts des realsozialistischen Lagers bereit. So versuchte Gysi immer wieder Gorbatschow für einen Besuch in der DDR und einem Auftreten zugunsten der

PDS zu überzeugen. Eine solche Handlung – die unter den damaligen Bedingungen und angesichts der großen Popularität Gorbatschows möglicherweise andere Weichenstellungen ermöglicht hätte – blieb aus.

Die PDS-Führung begriff natürlich, wenn auch verspätet, den Stimmungswandel in der DDR-Bevölkerung. Auch wenn sie sich nicht mit der deutschen Einheit anfreunden konnte – auch Modrows Konzept »Deutschland einig Vaterland« skeptisch bis ablehnend gegenüberstand –, suchte sie zu retten was zu retten war. Gysi wie auch Modrow versuchten immer wieder den sowjetischen Partnern Ratschläge für deren Auftreten gegenüber der Bundesrepublik zu geben. Die wurden aber wohl genausowenig gehört wie die der Falin-Gruppe im ZK.

Die Dokumente aus der Zeit vom November 1989 bis Januar 1991 geben manch interessanten Einblick. Aber sie widerspiegeln ab Februar 1990 nur noch einen Seitenstrang der politischen Auseinandersetzung. Gerade deshalb ist bei aller Begeisterung für das Ausgraben neuer Dokumente die Einordnung wichtig. Das geschieht teilweise mit dem informativen Einleitungsteil der Herausgeber, Interpretationsbedarf bleibt aber weiter.

STEFAN BOLLINGER